

Ursachen und Perspektiven der Wirtschaftskrise

Inhaltsübersicht:

- I. Von der Finanzkrise zur weltweiten Wirtschaftskrise
- II. Wie konnte es zu einer derart umfassenden Krise kommen?
 1. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit in der kapitalistischen Wirtschaft
 2. Die Gier der Banker
 3. Überhöhte Geldmenge in den USA
 4. Unregulierte Finanzmärkte entsprechend der neoliberalen Theorie
 5. Anlass der Krise: Kombination von 3. und 4.
 6. Ursache der Krise: Instabile Marktverhältnisse
 - a) Ungleichgewichte im Welthandel
 - b) Korrespondierende Ungleichgewichte auf dem nationalen Markt
 7. Scheitern des neoliberalen Experiments
- III. Wie kann man die Krise am Besten überwinden?
 1. Das Lösungsmodell von Keynes nach der Weltwirtschaftskrise 1929
 2. Das Stabilitätsgesetz von 1967
 3. Heutige Konjunkturpakete
 4. Steuersenkungen
 5. Rettung systemrelevanter Banken
 - nicht ausreichend für die Wiederbelebung der Konjunktur
 6. Erforderlichkeit staatlicher Investitionen
 - hier: „ökologische Investitions-Offensive“ in umweltfreundliche Technologien
 7. Die „Bad Ideas Bank“
 8. Vorsicht vor Konvertiten
- IV. Der Richtungswechsel des Nobelpreiskomitees für Wirtschaft

Um was für eine Krise handelt es sich?

Manche sprechen von der Finanzkrise, andere von der Wirtschaftskrise und wiederum andere von der Weltwirtschaftskrise. Im Prinzip treffen sämtliche Bezeichnungen zu: Aus der Krise der Banken- und Finanzwelt hat sich im Laufe der vergangenen 1,5 Jahre eine Krise der Realwirtschaft entwickelt, welche weltweit ihren Niederschlag findet. Die ursprüngliche Finanzkrise selbst ist jedoch noch nicht gelöst und existiert weiter.

Ich gehe davon aus, dass der Verlauf dieser ineinander greifenden Krisen weitgehend bekannt ist, und will ihn daher nur kurz skizzieren:

Die US-Banken hatten den amerikanischen Verbrauchern in den letzten Jahren massenhaft Kredite zum Kauf von Eigenheimen ausgereicht. Oft erfolgten keine näheren Bonitätsprüfungen, wobei zu erwähnen ist, dass die amerikanischen Banken dem Basel II-Abkommen, welches solche Prüfungen voraussetzt, nicht beigetreten sind. Aufgrund von Zinssteigerungen, Arbeitslosigkeit u. a. wurden viele Kredite notleidend. Die US-Banken fassten diese Kredite mit anderen, die von den Kreditnehmern ordnungsgemäß bedient wurden, in einem Paket zusammen. (Man wird hierbei ein wenig an die Früchtepackungen im Supermarkt erinnert, in denen sich auch oft ein faules Stück befindet.)

Die Pakete wurden dann weltweit mit anderen Banken und Kapitalanlegern gehandelt. Dabei steigerte sich ihr Kurs, so dass die Wertpapiere, die über sie ausgestellt worden waren, oft ein Mehrfaches des ursprünglichen Werts der dahinter stehenden Immobilien erzielten. Es entstanden so riesige Spekulationsblasen ohne entsprechenden realen Gegenwert.

Wegen steigender Kreditausfälle zerplatzten diese Blasen Stück für Stück. Diejenigen Banken, die die über die Kreditpakete ausstellten Wertpapiere, die so genannten Kreditderivate, als Finanzierungsinstrumente benutzt hatten, gerieten in große Bedrängnis. Als schließlich im September 2008 eine der systemrelevanten US-Investmentbanken, das Bankhaus Lehman Brothers, zusammenbrach, führte dies zu einer Kettenreaktion: Im Geschäftsverkehr unter den Banken kam Mißtrauen auf, die Kreditderivate mussten größtenteils abgeschrieben werden, wodurch die beteiligten Banken hohe Verluste erlitten, so dass sie nicht mehr in der Lage waren, der Realwirtschaft die für Investitionen erforderlichen Darlehen zu gewähren, was dort ebenfalls zu hohen Verlusten führte, vor allem im Exportgeschäft. Dies führte schließlich zu einem Rückgang des Welthandels, so dass die Krise ab dem letzten Quartal 2008 tatsächlich weltweit zu spüren war.

In Deutschland ist der Export von November 2008 bis März 2009 um über 22 % zurück gegangen, die Industrieproduktion ist um ca. 1/5 geschrumpft, die Wirtschaftsleistung ist im 4. Quartal 2008 um ca. 9 % gesunken.

Im 1. Quartal 2009 ist die Zahl der Arbeitslosen um ca. 45.000 gestiegen, die Zahl der Kurzarbeiter macht etwa 700.000 aus. Wenn man bedenkt, dass die Kurzarbeit von der Bundesagentur für Arbeit maximal 18 Monate lang subventioniert wird, so muss man den Großteil der Kurzarbeiter angesichts der schlechten Zukunftsaussicht faktisch zu den Arbeitslosen zählen.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wird nach der jüngsten Prognose der Bundesregierung in 2009 auf – 6 % sinken. Als der Chefvolkswirt der Deutschen Bank eine ähnliche Zahl im Februar dieses Jahres nannte, wurde er noch allseits dafür gescholten: Er würde damit die Bevölkerung nur verunsichern! Die vorgenannten Zahlen habe ich in einer Anlage zusammengefasst.

Die Wirtschaftskrise trifft Deutschland innerhalb der Europäischen Union nach Irland am Stärksten, weil wegen der Globalität der Krise fast $\frac{1}{4}$ des Exports entfallen ist, der Exportanteil Deutschlands am Bruttoinlandsprodukt 2008 mit 47 % aber außergewöhnlich hoch war. Die Meinung von Bundeskanzlerin Merkel im Dezember letzten Jahres, Deutschland sei in der Krise besonders gut aufgestellt, verkehrt sich damit in ihr Gegenteil.

Wie konnte es zu einer derart umfassenden Krise kommen?

Die Marxisten werden sagen, dass es in der kapitalistischen Wirtschaft aufgrund ihrer inneren Widersprüche, insbesondere wegen des Grundwiderspruchs von Arbeit und Kapital, immer wieder zu Krisen kommen müsse. Das ist grundsätzlich sicherlich richtig. Aber warum hat die gegenwärtige Krise einen derartigen Umfang angenommen, dass inzwischen sogar die Existenz des kapitalistischen Systems in Frage gestellt wird?

Andere machen die Gier der Bankmanager für die Krise verantwortlich. Vor allem in kirchlichen Kreisen, bei Kulturschaffenden und unserem Bundespräsidenten ist diese These beliebt.

Ich halte diese Erklärung für unsinnig: Die Wettbewerbswirtschaft läuft nach gewissen Rahmenbedingungen ab. Wenn jemand diese Ordnung akzeptiert, ist es normal zu versuchen, optimalen Gewinn zu erzielen; tut man dies nicht, so läuft man schließlich Gefahr, von erfolgreicheren Wettbewerbern vom Markt verdrängt zu werden. Der einzelne Unternehmer steht also unter einem erheblichen Druck, sich einem vorherrschenden Trend anzupassen. Ohne entsprechende rechtliche Regulierung wird er sich den Sachzwängen in der Regel nicht widersetzen können. Mit dieser Auffassung befinde ich mich übrigens auch im Einklang mit einem der Exponenten der katholischen Soziallehre, Professor Walter Kerber von der Hochschule für Philosophie in München.

Als weitere Erklärung für die Krise wird häufig angeführt, dass sie ursprünglich von der US-Notenbank dadurch verursacht worden sei, dass diese seit Ende der 90er Jahre durch eine

Niedrigzinspolitik viel zu hohe Geldmengen in Umlauf gebracht habe. Dadurch sei die übermäßige Kreditschöpfung ermöglicht worden. Meiner Meinung nach ist die hohe Geldmenge allein nicht ursächlich für die Krise, ihr kommt aber im Zusammenspiel mit anderen Faktoren durchaus Bedeutung zu:

Spätestens seit Beginn der 80er Jahre hatte sich in den Wirtschaftswissenschaften in den USA und in Europa die neoliberale Schule durchgesetzt. Man bezog sich dabei auf die klassisch liberale Theorie von Adam Smith, wonach die Märkte nur dann stabil seien, wenn sie völlig frei wären. Nur dann käme es aufgrund ihrer Selbstheilungskräfte zu einem angemessenen Ausgleich. Derart ausgeglichene Märkte würden in der Folge zum Wohlstand aller Marktteilnehmer führen.

Demgemäß forderten die Neoliberalen, dass der Staat sich in die Märkte überhaupt nicht einmischen dürfe. Wo dies noch der Fall war, wurde vehement Deregulierung gefordert. So entfiel beispielsweise in Deutschland auf Druck der - insoweit neoliberal eingestellten - EU-Kommission die Gewährhaftung für die Sparkassen und Landesbanken. Idealerweise sollte der Staat aber dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für die Anbieter von Waren und Dienstleistungen möglichst günstig seien – dass also Löhne, Sozialabgaben und Steuern möglichst niedrig seien, was man als Angebotspolitik bezeichnet.

Außerdem wurde die Privatisierung sämtlicher Unternehmen der öffentlichen Hand gefordert. So wurden in Deutschland die Post, die Stromversorgung und sogar manche Krankenhäuser privatisiert. Der Bahn blieb dieses Schicksals aufgrund außergewöhnlicher Umstände zunächst erspart; ob es doch noch zu einer Privatisierung kommt, hängt sicherlich von den nächsten Bundestagswahlen ab.

Getreu der neoliberalen Maxime war mangels Regulierung in den USA und in Großbritannien der uneingeschränkte Derivatehandel möglich; in Deutschland erfolgten entsprechende Deregulierungen durch das Finanzmarktförderungsgesetz in diesem Jahrzehnt. Erst fehlende Regulierung bzw. der Abbau von Regulierungen führten unter Ausnutzung der vorhandenen hohen Geldmenge zum Entstehen von Spekulationsblasen.

Das Platzen dieser Blasen war sicherlich der Anlass für das Aufkommen der Finanzkrise und im weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise, die Ursache dafür, dass durch diesen Anlass die Krisen ausgelöst wurden, waren die Blasen aber nicht. Ihr Platzen konnte nur deswegen zur Krise führen, weil die Marktverhältnisse bereits instabil waren – und das sowohl im internationalen als auch im nationalen Rahmen:

Die durch fehlende Regulierung entstandene Kreditschwemme in den USA und zum Teil auch in Großbritannien, führte dazu, dass diese Länder im Übermaß Importe vor allem aus China, Japan und Deutschland tätigen konnten. In den Importländern entstanden dadurch riesige

Handelsbilanzdefizite, in den Exportländern entsprechend enorme Überschüsse. Die Märkte hatten insofern ihr Gleichgewicht verloren und waren dadurch instabil geworden. Dies ist die eigentliche Ursache für das Entstehen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Den Gewinnen der Exportnationen standen entsprechende Verluste auf Seiten der Importnationen gegenüber.

Aber auch in der nationalen Volkswirtschaft der BRD existiert ein Ungleichgewicht, das durch den ständig ansteigenden Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt (Von 2000 – 2008 stieg der Anteil von 33 auf 47 %) stetig angewachsen ist, während hingegen die Inlandsnachfrage in diesem Zeitraum entsprechend gesunken ist.

Dass Deutschland in den letzten Jahren seinen Export derart steigern konnte, lag natürlich auch daran, dass unsere Exporteure auf Grund entsprechender Angebotspolitik gegenüber anderen Exportländern Wettbewerbsvorteile erlangen konnten. Nur Lohnzurückhaltung und niedrigere Sozialabgaben haben diese Vorteile ermöglicht, nachdem uns zuvor von neoliberalen Politikern jahrelang indoktriniert worden war, dass wir wegen unserer angeblich zu hohen Löhne Standortnachteile im weltweiten Wettbewerb hätten.

Die Stagnation in der Lohnentwicklung und geringere Sozialleistungen führten aber andererseits zu einem Kaufkraftverlust, weswegen die Inlandsnachfrage bei uns im Verhältnis zu den Exporteinnahmen gesunken ist.

Dieses Ungleichgewicht im nationalen Bereich korrespondiert naturgemäß mit dem Ungleichgewicht im internationalen Handel. Es erschwert es uns als führender Exportnation besonders, aus der Krise herauszukommen. Denn dafür müssten erst die Grundlagen für eine stärkere Inlandsnachfrage geschaffen werden. Sich allein auf eine erneute Steigerung der Exporte zu verlassen, wäre unverantwortlich, da die früheren Importländer sicherlich aus ihren Fehlern lernen werden.

Auf jeden Fall bleibt festzuhalten, dass der klassisch liberale Ansatz, die Selbstheilungskräfte der Märkte würden schon zu einem Ausgleich derselben und damit zum Wohlstand der Marktteilnehmer führen, sich nicht bewahrheitet hat und dass das neoliberale Experiment gescheitert ist.

An dieser Stelle möchte ich einen Kritiker des klassischen Liberalismus, den britischen Ökonomen John Maynard Keynes, zitieren. Er charakterisiert den liberalen Kapitalismus wie folgt: „Der Kapitalismus basiert auf der merkwürdigen Überzeugung, dass widerwärtige Menschen aus widerwärtigen Motiven irgendwie für das allgemeine Wohl sorgen werden.“ Ich meine, das sagt alles.

Wie kann man nun die Krise am Besten überwinden?

Nach der 1. Weltwirtschaftskrise 1929-34 hat der gerade erwähnte britische Ökonom Keynes – im Gegensatz zum klassischen Liberalismus – eine Theorie entwickelt, nach welcher Krisen, die ja immer mit einem Rückgang der Nachfrage einhergehen, am Besten dadurch überwunden werden könnten, dass die öffentliche Hand aktiv in den Wirtschaftsprozess eingreift, um somit die Gesamtnachfrage einer Volkswirtschaft zu stimulieren. Würde vom Staat – quasi künstlich – Nachfrage ausgelöst, so würde dies unter den Marktbeteiligten zu Multiplikatoreffekten führen, so dass dadurch die Konjunktur insgesamt angekurbelt werde. Diese Nachfragepolitik wurde in den 30er Jahren von Präsident Roosevelt in den USA erfolgreich zur Überwindung der damaligen Weltwirtschaftskrise angewandt; sein Konjunkturprogramm ist als New Deal bekannt geworden. Auch die Marshall-Plan-Hilfe für Europa nach dem 2. Weltkrieg erfolgte nachfrageorientiert; auf dieser Basis konnte Ludwig Erhard sein Wirtschaftswunder aufbauen.

1967 wurde unter der ersten Großen Koalition in der Bundesrepublik sogar ein auf den Ideen Keynes basierendes Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums in der Wirtschaft verabschiedet. In diesem Gesetz sind bei Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, also bei Konjunkturabschwüngen, Eingriffsmöglichkeiten des Staates vorgesehen; dabei sollten Bund, Länder, Gemeinden, Unternehmensverbände und Gewerkschaften in einer sogenannten konzertierten Aktion zusammenwirken. Das Gesetz, das übrigens heute noch gültig ist und somit anwendbar wäre, ist aber seit Ende der 70er Jahre faktisch nicht mehr zur Anwendung gekommen, weil seinerzeit die keynesianischen Maßnahmen – im Gegensatz zu früher – nicht mehr zu dem erhofften Konjunkturaufschwung geführt haben. Dies mag damals sowohl an einer zu schematischen Anwendung der Keynes'schen Theorie als auch an Verzerrungen des marktwirtschaftlichen Gleichgewichts, u. a. durch Lohnzuwächse über dem Produktivitätsfortschritt, gelegen haben. Meines Erachtens sollte man die damaligen Fehler analysieren und in der Zukunft vermeiden.

Seinerzeit löste aber die neoliberale Schule in Form des Monetarismus die keynesianische Lehre ab. Heute, mit Beginn der zweiten Weltwirtschaftskrise, stehen wir nun vor einem Wendepunkt, nachdem sich die neoliberalen Lehren auch nicht bewährt haben.

Erstaunlicherweise haben alle von der Krise betroffenen Industrienationen umgehend Konjunkturpakete aufgelegt, um durch staatliche Investitionen die Gesamtnachfrage ihrer Volkswirtschaften zu steigern. Dass damit viele Regierungen mit der von ihnen zuvor vertretenen Angebotspolitik gebrochen haben und zu einer Nachfragepolitik im Sinne von Keynes zurückgekehrt sind, ist sicherlich erfreulich. Es bleibt aber im Einzelnen zu prüfen, ob die ergriffenen Maßnahmen tatsächlich die gewünschten Erfolge zeitigen werden.

Soweit in den Konjunkturpaketen auf Steuersenkungen gesetzt wird, dürfte sich damit in der gegebenen Situation in der Regel kaum ein Nachfrageeffekt erzielen lassen. Da die Verunsicherung

über die wirtschaftliche Entwicklung und die Angst vor etwaigem Arbeitsplatzverlust beachtlich sind, werden die Steuersenkungen eher zu einem Sparverhalten führen. Andererseits fehlen dem Staat durch die Steuerminderungen finanzielle Mittel für die in der Krise dringend erforderlichen Investitionen.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt ist die Rettung und Sanierung systemrelevanter Banken durch die öffentliche Hand. Die Regierungen vor allem Deutschlands und Frankreichs meinen, wenn ihnen diese Aufgabe gelingen würde, so würde dadurch, dass diese Banken wieder in der Lage wären, der Realwirtschaft die erforderlichen Kredite zu gewähren, auch die Konjunktur wieder anspringen.

Diese Ansicht ist aber irrig: Sie geht von einer Art Betriebsunfall allein im Bankensystem aus, ohne auf die eigentlichen Ursachen – die vorhandenen Ungleichgewichte auf den Märkten – näher einzugehen. Am Liebsten würde man nach der Bankensanierung so weiter verfahren wie bisher. Da vor allem die Union von dieser Hypothese ausgeht, kommt es auch in diesem Punkt sehr auf die Bundestagswahl an.

Tatsächlich wird die Bankensanierung allein nicht zur Ankurbelung der Realwirtschaft führen. Denn diese ist, vor allem soweit sie stark vom Export abhängig ist, in den Augen der Kreditwirtschaft nicht mehr so kreditwürdig wie zuvor. Warum sollte sich eine gerade sanierte Bank bei Firmen, deren Zukunftsaussichten nicht besonders günstig sind, nicht lieber bei der Kreditvergabe zurückhalten? Die Basel II - Kriterien geben ihr dafür ja auch allen Grund. Trotz Rettung der Banken erleben wir deshalb zur Zeit eher eine Kreditklemme.

Die Schlussfolgerung daraus ist, dass der Staat nicht nur die Banken sanieren muss, sondern dass er auch selbst gleichzeitig Impulse für die Realwirtschaft geben muss. Dies erfolgt am Besten durch Investitionen von Seiten der öffentlichen Hand.

In der derzeitigen wirtschaftlichen Situation, die durch die Notwendigkeit eines technologischen Wandels hin zu umweltgerechteren Verfahren gekennzeichnet ist, wäre es äußerst wünschenswert, wenn zunächst einmal der Zustand der sich im Besitz der öffentlichen Hand befindlichen Anlagen, Gebäude, Fahrzeuge und sonstigen Betriebsmittel so umweltfreundlich/-verträglich wie möglich gestaltet werden würde. Käme es zu einer massenhaften Vergabe derartiger Investitionsaufträge durch Bund, Länder, Gemeinden und die Betriebe der öffentlichen Hand, wie Bahn oder Stadtwerke, so würde dies zu einem ungeahnten Aufschwung der gesamten Wirtschaft mit entsprechendem Zuwachs an Lohn und damit an Kaufkraft führen. Aufgrund der verstärkten Inlandsnachfrage würde Deutschland dann auch seine einseitige Abhängigkeit vom Export verlieren. Gleichzeitig müssten einige Branchen, wie z. B. der Fahrzeugbau, bei der Umstellung ihrer Fertigungsweise auf ökologisch verträglichere Produkte unterstützt werden.

Der daraus resultierende Wirtschaftsaufschwung würde nicht nur Deutschland helfen, die derzeitige Krise zu überwinden, sondern auch zu einer Initialzündung außerhalb unseres Landes, zumindest in Europa, führen. Ich habe diesen neuen „New Deal“ unter Ziffer 5. meiner Thesen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 2006, die als weitere Anlage beigefügt sind, als „ökologische Investitions-Offensive“ bezeichnet. In diesen Thesen habe ich diese Offensive im Einzelnen erläutert und bin auf Nachfragepolitik und das bereits erwähnte Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, dessen Wiederanwendung ich empfehlen würde, näher eingegangen.

In der konsequenten Anwendung – überarbeiteter – keynesianischer Maßnahmen in Kombination mit der Umstellung auf umweltfreundliche Technologien liegt meines Erachtens eine große Chance für die Wirtschaft. Sie sollte an die Stelle halbherziger, verschämter und diffuser Konjunkturpakete treten!

Die neoliberalen Ideen sollten, wenn es so etwas gäbe, am Besten in einer Bad Ideas Bank entsorgt werden! Ernsthaft sollte man sich aber in der Öffentlichkeit mit ihren Scheinlösungen und ihrem Scheitern mehr auseinandersetzen.

Schließlich sollte die Regierung die Vorschläge zur Lösung der Krise, welche an sie von ehemaligen Verfechtern neoliberalen Gedankenguts herangetragen werden, mit Vorsicht genießen! Diese Konvertiten, wie geschehen, in Kommissionen zur Bewältigung der Krise einzubeziehen, bedeutet praktisch, dass man Brandstifter zu Feuerwehrleuten macht. Immerhin gibt es noch einige Wirtschaftswissenschaftler, die fundiert keynesianische Positionen vertreten – wie Prof. Bofinger von der Universität Würzburg oder die Professoren Kalmbach und Hickel von der Universität Bremen. Meines Erachtens wäre es sinnvoller, solche Persönlichkeiten in die genannten Gremien aufzunehmen.

Erfreulicherweise hat auch das Nobelpreiskomitee seine Ausrichtung geändert: Hatte noch in den 70er Jahren die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaft an neoliberale Vordenker wie Friedrich August von Hayek oder Milton Friedman parallel zum Richtungswechsel in den Wirtschaftswissenschaften stattgefunden, so ist dieser Nobelpreis in den letzten Jahren, als sich abzeichnete, dass der Neoliberalismus sich überlebt hat, verstärkt an keynesianisch ausgerichtete Wissenschaftler wie Joseph Stiglitz, George Akerlof oder im letzten Jahr Paul Krugman vergeben worden.

Das Nobelpreiskomitee hat also offensichtlich die Zeichen der Zeit verstanden. Hoffen wir, dass die europäischen Regierungen ihm bald folgen werden.

REZSSION 2008/09

Kennziffern für Deutschland:

- Rückgang der Wirtschaftsleistung 4. Quartal 2008	- 9 %
- Erwarteter Rückgang der Wirtschaftsleistung 2009 zum Vergleich Rezession 1975	- 6 % - 0,9 %
- Rückgang des Exports November 2008 – März 2009	- 22 %
- Anteil des Exports am Bruttoinlandsprodukt 2008 , zum Vergleich 2000	47 % 33 %
- Anstieg der Arbeitslosenzahl 1. Quartal 2009 erwarteter Anstieg bis 2010	ca. 45.000 1,3 Mio.
- Anstieg der Zahl der Kurzarbeiter 1. Quartal 2009	ca. 700.000